

05.3299

**Motion
freisinnig-demokratische Fraktion.
Übergang
zur Individualbesteuerung.
Dringliche Massnahmen**

**Motion
groupe radical-libéral.
Mesures d'urgence en vue
d'un passage
à l'imposition individuelle**

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 15.06.05

Date de dépôt 15.06.05

Nationalrat/Conseil national 07.10.05

Nationalrat/Conseil national 09.05.06

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Herr Kaufmann lässt mitteilen, dass er diese Motion nicht mehr bekämpft. Der Bundesrat ist bereit, die Motion anzunehmen. Ein anderer Antrag ist nicht gestellt.

Angenommen – Adopté

05.3303

**Motion Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Arbeitsplatzbeschaffung
durch Abschaffung
der direkten Bundessteuer
für Unternehmen**

**Motion groupe
de l'Union démocratique du Centre.
Création d'emplois
par le biais de l'abrogation
de l'impôt fédéral direct
pour les entreprises**

Einreichungsdatum 15.06.05

Date de dépôt 15.06.05

Nationalrat/Conseil national 09.05.06

Baader Caspar (V, BL): Die SVP-Fraktion hält an dieser Motion auf Abschaffung der direkten Bundessteuer für Unternehmen fest. Selbstverständlich beschränkt sich diese Forderung auf die 8,5 Prozent Ertragssteuer für die Unternehmen, da die Kapitalsteuer, wie in der Antwort des Bundesrates zu Recht ausgeführt wird, bereits 1998 abgeschafft worden ist. Wir sind uns bewusst, dass die Abschaffung dieser Ertragssteuer kurzfristig Mindereinnahmen für den Bund in der Grössenordnung von 5 Milliarden Franken bringen würde. Das ist ein hoher Betrag. Wir sind aber auch überzeugt, dass bei einer dynamischen Betrachtungsweise diese Steuerausfälle innert kürzester Zeit durch Ansiedlung neuer oder ausländischer Unternehmen mehr als wettgemacht werden könnten. Unser Land braucht wieder einmal einen grundlegenden Wachstumsschub, und die vorgeschlagene steuerliche Entlastung würde die Attraktivität unseres Arbeits-, aber auch unseres Wirtschaftsstandortes schlagartig steigern. Statt für das Bezahlen von Steuern stünden die Mittel für Investitionen in Arbeitsplätze zur Verfügung, und die Steuern kämen dann via Arbeitnehmer wieder in die Bundeskasse. Unser Land braucht wieder einmal einen

Ruck in dieser Beziehung. Wir sind träge geworden. Unseres Erachtens wäre dieser Weg der Entlastung der Unternehmen auch klar der bessere Weg als die vom Bundesrat anvisierte Unternehmenssteuerreform, die derzeit in der ständerätlichen Kommission beraten wird, und zwar weil diese vor allem auf Stufe der Unternehmer, also bei den Kapitalgebern, ansetzt.

Bei einem generellen Verzicht auf die Ertragssteuer der Unternehmen wäre auch das Problem der Doppelbesteuerung der Dividenden grundsätzlich gelöst, ohne dass man die mühsame Akrobatik mit der Zwitterlösung des Teileinkünfteverfahrens machen müsste. Dass solche Massnahmen enorm positive Effekte haben können, zeigen auch die Beispiele und die Entwicklung in den neuen EU-Ländern, allen voran in Estland, aber auch in Irland. Diese Länder haben die Ertragssteuer massiv reduziert, und bei diesen Ländern, die erst noch der EU angehören, wird der Steuerwettbewerb, der vom Bundesrat in seiner Antwort angeführt und kritisiert wird, von der OECD auch akzeptiert. Also können wir in dieser Beziehung klar Gleichbehandlung verlangen. Dazu kommt auch, dass die OECD-Statistik natürlich nur die eigentlichen Steuern umfasst, nicht aber all die anderen Abgaben, von denen ich vorhin gesprochen habe.

Die SVP-Fraktion hält an der Motion fest. Sie ist überzeugt: Mit einer derartigen Massnahme – auch wenn sie auf den ersten Blick rigoros erscheint – könnte effektiv ein Wachstumsschub ausgelöst werden, und den braucht unser Land.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich garantiere Ihnen: Wenn diese Motion angenommen würde, würden Sie als Erste über ihre Folgen erschrecken. Und ich kann Ihnen sagen, was die Folgen wären: Wir haben im Aufgabenportfolio jetzt erste Überlegungen gemacht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Staatsausgaben des Bundes bis in das Jahr 2015. Das ist zwar weiss Gott kein sehr weiter Horizont, aber es sind immerhin einige Jahre. Wenn wir die Ausgaben staatsquotenneutral gestalten, d. h. ohne zusätzliche Steuereinnahmen und in Fortführung des jetzigen Ausgabenstandards, hätten wir pro Jahr 3 Prozent mehr Einnahmen: 1,5 Prozent aus der Teuerung, 1,5 Prozent aus dem Wachstum. Das bedeutet, dass wir die Ausgaben gegenüber heute um etwa 7 Milliarden Franken senken müssten. Wenn Sie jetzt noch mit einer solchen Steuererleichterung für die Unternehmen kommen, käme das dazu: Es wären noch einmal 7 Milliarden Franken. Das ergäbe 14 bis 15 Milliarden, um die wir die Ausgaben senken müssten, um nur schon staatsquotenneutral zu fuhrwerken. Und jetzt müssen Sie mir sagen, wie und wo Sie das machen wollen, ohne die Armee, die Landwirtschaft, den Verkehr und all diese Dinge massiv – massiv! – unter Druck zu setzen.

Ich bin überzeugt, dass es uns nicht gelingen wird, diesen Standard zu erreichen, ohne die Diskussion über die Sozialwerke erneut führen zu müssen; denn die 14 Milliarden Franken, die uns dann im Jahr 2015 zusätzlich als Einnahmen zur Verfügung stehen, wenn wir staatsquotenneutrale Erträge haben, werden wie folgt verwendet: 10 Milliarden – das wissen wir heute schon, weil die Bezüger alle schon da sind und weil die Demografie spielt – gehen in die Sozialversicherung. 3 Milliarden gehen in den Transfer zu den Kantonen und werden für die heutigen Subventionen ausgegeben. Dann bliebe eine knappe Milliarde für alle andern sechs Departemente mit ihren sämtlichen Aufgaben, einschliesslich des UVEK, des Militärs, der Landwirtschaft usw. Gar nicht zu sprechen von den Schuldzinsen, die wir zahlen müssten, weil trotz des erwarteten Zuflusses an Unternehmen aus dem Ausland zunächst einmal ein Loch entstünde. Sie glauben doch nicht, dass diese Steuerausfälle von 8 Milliarden Franken schon am nächsten Tag durch eine Fülle von Zuflüssen von neuen Unternehmen kompensiert würden. Es würde einen vorübergehenden Schuldenanstieg geben, den wir auch wieder finanzieren müssten.

Ich möchte Sie dringend bitten, diese Motion nicht anzunehmen, denn dadurch würde in der Tat eine sehr schwierige Situation entstehen. Ich bin aber auch nicht überzeugt, ob die Ausgangslage, wie sie von Herrn Baader geschildert wurde,